

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schriestedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 100 — M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags subor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 107

Donnerstag, den 10. September 1931

33. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung

Donnerstag, den 10. September, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung.

a) öffentliche Sitzung.

1. Betriebsfonds der Kammerei,
2. Grundstücksverpachtung,
3. Errichtung einer 2. Transformatorstation,
4. Festsetzung des Bürgermeistereigehalts.

Sitzung geschlossene Sitzung.

Sitzungsbefugter haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlasskarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlasskarten sind ungültig.

Kemberg, den 9. September 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

H. Lubben.

118]

Steuern.

Die für September 1931 fällige **Staatsgrundvermögenssteuer, der Kaatl. Zuschlag hierzu, die Hauszinssteuer und der Gemeindezuschlag zur Staatsgrundvermögenssteuer** sind bis **15. d. Mts.** an die Kämmereikasse zu zahlen.

Für die verpachtet gezahlten Steuern müssen für jeden halben Monat 5% Verzugszinsen berechnet werden.

Kemberg, den 8. September 1931.

119]

Der Magistrat.

Die Jagdverteilungspläne

der Jagdbezirk I, II und III der Stadt Kemberg für das Nachjahr 24. 6. 1931/32 liegen vom 11. bis mit 25. d. Mts. in der Stadtparkasse zur Einsicht der Beteiligten aus. Einsprüche sind binnen zwei Wochen nach Beantragung der Auslegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig.

Kemberg, den 9. September 1931.

Der Jagdvorsteher.

J. V. Kolbe.

120]

Rumäniens Sieg im Völkerbund.

Titulescu wieder Präsident.

Genf, 8. September.

Büchtlisch um 11 Uhr eröffnete der amtierende Ratspräsident, der japanische Außenminister Teruzou, vor vollbesetztem Saal die Versammlung.

In seiner mit Beifall aufgenommenen Eröffnungsansprache ging Teruzou kurz auf die wichtigsten Vorgänge des abgelaufenen Jahres zurück. Er erwähnte die Einberufung der gemeinsamen Ausbreitung des Reiches in internationalen Leben sei darin zu erkennen, daß nunmehr 37 Staaten darunter fast alle europäischen Staaten, die obligatorische Mitgliedschaft des Haager Gerichtshofes anerkennen. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt bedeute die Tätigkeit, in schon das Vorhandensein des im vorigen Jahre eingeleiteten Europa-Ausschlusses. Der Europa-Ausschluß habe sich im ersten Jahr seines Bestehens hauptsächlich um ein Teilgebiet der allgemeinen Wirtschaftskrisis, der mittel- und osteuropäischen Landwirtschaftskrisis, beschäftigt und hierbei bemerkenswerte Ergebnisse erzielt und außerdem das Problem der Umstellung der Zollpolitik in Europa durch ein großzügiges Gesamtprogramm gefördert. Teruzou betonte, daß sich die Tätigkeit des Völkerbundes (jedoch keineswegs auf Europa beschränkt) habe, sondern insbesondere auch den mittel- und südamerikanischen sowie den osteuropäischen Staaten gegolten habe und gute Früchte.

Der Ausschub der Reparations- und Kriegsschuldensatzungen auf Grund des Beschlusses des Präsidenten Hoover, die Konferenzen von London, Paris, Berlin und Rom zwischen den deutschen, amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Staatsmännern, die Tätigkeit der B33, und die Arbeiten des Baleser Sachverständigenausschusses seien Anzeichen für den Willen zur Gesundung und den Wunsch nach Zusammenarbeit.

Die Präsidentenwahl.

Die Völkerbundsversammlung hat den zweiten rumänischen Delegierten, den Grafen in London, Titulescu, zum Präsidenten gewählt. Titulescu erhielt von den 49 abgegebenen Stimmen 25 Stimmen. Auf den ungarischen Delegierten, Grafen Apponyi, entfielen 21 Stimmen. Titulescu wurde bekanntlich auch Präsident der 11. Völkerbundsversammlung.

Titulescu begann seine Amtsübernahme mit einer längeren programmatischen Rede. Hierin bezeichnete er die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der Völkerbundsarbeit als das Ziel, dem seine Arbeit gehe. Er warnte vor übertriebenem Reformismus und erklärte, man dürfe nicht von

einem Zusammenbruch sprechen, sondern müsse die gegenwärtigen Verhältnisse als Bausteine betrachten.

Die Völkerbundsversammlung hat zum Schluß ihrer Vormittags-Sitzung ihre vorläufige Tagesordnung unter Einfügung der in den letzten Tagen hinzugekommenen Punkte, namentlich der europäischen Frage, genehmigt.

Deutschland in den Völkerbundsaußenbüros.

Die deutsche Abordnung wird in sechs großen Ausschüssen der Völkerbundsversammlung folgendermaßen vertreten sein: Erster Ausschub (Rechtsfragen) Dr. Curtius, Gauß und Gappert sowie Bräuer, Wendelschön, zweiter Ausschub (Wirtschaft und Finanzen) Kammerer, Weidner und Kemper; dritter Ausschub (Abstraktion) Graf Bernstorff und von Weizsäcker; vierter Ausschub (Haushaltsfragen des Völkerbundes) Graf Bernstorff; fünfter Ausschub (soziale und hygienische Fragen) Früdelein, Pänder und Frau Zahn-Jarnack; sechster Ausschub (politische und Winderheitsfragen) Dr. Curtius, Gauß und Mutius.

Verzicht auf eine Debatte.

Das Haager Gutachten über die Zollunion vom Rat ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Genf, 7. September.

Nach Eröffnung der 12. Vollversammlung des Völkerbundes trat der Rat wieder zu einer Sitzung zusammen. Den wichtigsten Punkt der Verhandlung bildete die Stellungnahme zu dem Gutachten des Haager Gerichtshofes. Eröffnet wurde die Sitzung mit der Beratung des ungarischen Antrags auf Prüfung der finanziellen Lage Ungarns, der zugleich an das Finanzkomitee zur Weiterberatung überwiesen wurde. Alsdann sprach der griechische Ministerpräsident Benizelos über den griechisch-bulgarischen Reparationsstreit.

Zum Schluß der Ratssitzung teilte der Ratspräsident mit, daß eine Ausfertigung des Haager Gutachtens noch nicht eingegangen sei, daß ihm aber auf telephonische Anfrage die Abhandlung des Textes befristigt worden sei.

Angeht es der am 3. September im Europausschub abgegebenen Erklärungen, über die den Ratsmitgliedern ein Protokoll offiziell zugegangen sei, so führte der Ratspräsident weiter aus, befinde für den Rat keine Veranlassung, die Prüfung der Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Er sprach dem Haager Gerichtshof den Dank aus für die rasche und vollständige Erledigung der ihm übertragnenen Aufgabe. Auf Verzicht des Ratspräsidenten wurde, das auf folgende Entscheidung einstimmig ohne Aussprache angenommen.

„Der Rat nimmt von dem Gutachten des Haager Gerichtshofes über das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion Kenntnis. Mit Rücksicht auf die am 3. September im europäischen Studienausschub abgegebenen Erklärungen ist er der Auffassung, daß für ihn kein Anlaß mehr besteht, die Prüfung der Angelegenheit fortzusetzen.“

Die Vizepräsidenten des Völkerbundes

Curtius für Mexiko Eintritt.

Genf, 9. September.

In der Völkerbundsversammlung hat sich das Präsidium konstituiert. Bei der Wahl der sechs Vizepräsidenten erhielten Briand 44, Lord Robert Cecil 43, Yoshizawa 43, Dr. Curtius 42, Graf Apponyi 39 und Restrepo (Kolumbien) 32 Stimmen. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung. Von den 52 anwesenden Delegationen hatten sich 48 beteiligt. Die Wahl des deutschen Delegierten wurde ebenso wie die des Grafen Apponyi von der Versammlung mit Beifall begrüßt.

Hierauf beschloß die Völkerbundsversammlung, in die sofortige Beratung des Antrags, eine Sympathieerklärung an Mexiko zu erlassen, einzutreten. Als erster Redner ergriß

Reichsaußenminister Dr. Curtius

das Wort zu folgender Erklärung:

Als Vertreter des Deutschen Reiches, das sich Mexiko gegenüber durch freundschaftliche Bande einer ununterbrochenen aufrechten Freundschaft verbunden fühlt, habe ich den Antrag auf Einladung Mexikos mit Freuden unterzeichnet.

Nicht nur die zahlreichen Mitgliedsstaaten des spanischen Kulturkreises, sondern mir alle legen auf die tatkräftige Mitarbeit dieses Landes an den Aufgaben des Völkerbundes den größten Wert. Wir sind uns doch alle bewußt, daß der Tätigkeit des Völkerbundes ein um so größeres Gewicht zukommt, je mehr sich sein Kreis zur Universalität ausweitet. Zu dieser Universalität wird ein wichtiger Schritt getan, wenn Mexiko dem Völkerbund angetraut.

Wir können dem Präsidenten der mexikanischen Republik, General Ortiz Rubio, und seinem Lande ebenso wie dem Völkerbund nur Glück dazu wünschen, wenn seine Regierung tatsächlich den Antrag um Aufnahme stellen wird.“

Der britische Delegierte, Lord Robert Cecil, der französische Delegierte de Mabariga, und der französische

Außenminister Briand, der italienische Außenminister Grandi, der japanische Delegierte Yoshizawa sowie die Vertreter von Peru, Kanada, Portugal und Kolumbien begrüßten ebenfalls die Einladung Mexikos.

Schließlich wurde einstimmig eine Entschlüsselung angenommen, in der die Verammlung Mexiko einlud, dem Beitritt beizutreten und dem Völkerbund seine wertvolle Mitarbeit zu leisten, wie wenn es von Anfang an eingeladen worden wäre.

Rundem die Verammlung nach ein von der britischen Delegation vorgeschlagene Sympathieerklärung für China anläßlich der Heberichsvennungskatastrophe im Yangtze-Tal angenommen hatte, wurde die allgemeine politische Aussprache eröffnet.

Grandis Abrüstungsrede.

Als erster Redner nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Abrüstungsfrage, die, wie er sagte, nach Ansicht der italienischen Regierung der Ratsmatterspunkt sei, um den sich alle anderen Probleme drehen. Grandi ging zunächst auf die Zusammenhänge zwischen Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit ein, wobei er wiederum besonders betonte, daß die wahre Sicherheit eine effektive Abrüstung zur Voraussetzung habe.

Die Völkerbundsatzung, so führte Grandi aus, verpflichte uns, abzurüsten. Diese Verpflichtung ergebe sich aber nicht aus anderen, tieferen Gründen. Das Bewußtsein der Solidarisität der Völker sei hierfür geworden. Grandi verries in diesem Zusammenhang auf die großzügige Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover.

Italien verlangt Rüstungsfüllstand.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Grandi:

Die italienische Regierung wünscht vor, daß man bereits jetzt und unzweifelhaft einen wirksamen und wahrhaften Stillstand der Rüstungen — wenigstens während der Dauer der Abrüstungskonferenz — beschließt. Die Mächte müssen gegenseitig die Frage prüfen, ob nicht während des zeitraumes der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz diejenigen Staaten, die sich ebenfalls verpflichten haben, an der Konferenz teilzunehmen, bereits vorbereitende Maßnahmen ergreifen können.

Der Völkerbundsrat hat seinerseits den Vorschlag gemacht, vor der Abrüstungskonferenz eine vorbereitende Führungsausschüsse zwischen den Regierungen herbeizuführen. Am Geiste dieser Empfehlungen scheint es daher erforderlich zu sein, sofortige und praktische Maßnahmen zu ergreifen. Ein entscheidendes allgemeines Abkommen zwischen den Staaten in dem Sinne, daß die Staaten darin einwilligen, die Durchführung ihrer neuen Rüstungsprogramme zeitweilig während der Dauer der Abrüstungskonferenz einzustellen, würde den Völkern ein erstes Beispiel des guten Willens der Regierungen zeigen und würde andererseits für die Abrüstungskonferenz eine günstige und vertrauensvolle politische sowie psychologische Atmosphäre schaffen, die mehr als jede grundsätzliche Erklärung zu dem Erfolg der Abrüstungskonferenz beitragen wird.

Beginnende Einflut.

„Republique“ über das Ende der Reparationen.

Paris, 9. September.

In einem Artikel der „Republique“ wird erklärt, Deutschland habe zwar in den ersten siebenzehnjährigen Jahren 11 200 000 000 Goldmark an Reparationen bezahlt, aber in der gleichen Zeit nicht weniger als 18 Milliarden Goldmark geliehen bekommen. Deutschland könne keine Reparationen nur von Ausführerüberflüssen begleichen.

Es werde also für Frankreich ein immer weniger guter Absatzmarkt, aber ein immer stärkerer Konkurrenz. Gewisse Franzosen seien zwar der Meinung, daß das Ende der Reparationen ein Unglück sein werde, in Wirklichkeit aber wäre das Ende der Reparationen für Frankreich nur eine Erparnis.

Auszahlungsdiskussion für die Städte.

Ausstellung von Schuldentilgungsplänen.

Berlin, 9. September.

In dem Rundschreiben des Reichsfinanzministers Dietrich an die Länderregierungen spielt eine besondere Rolle die in Aussicht genommene Umschuldungsaktion für die Städte. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Aus dem Fälligwerden von kurzfristigen Schuldverpflichtungen der Länder und Gemeinden droht eine besondere Gefahr für die öffentlichen Haushalte. Die Länder und Gemeinden werden sich rechtzeitig mit ihren Gläubigern über die Verlängerung der Kredite zu einigen haben und diese Einigung dadurch erreichen müssen, daß sie, wenn auch in bescheidenem Umfang, Abschlagszahlungen leisten.“

Somit ist irgend dazu in der Lage sein werde, bis ich entschlossen, für die Gemeinden durch eine Umschuldungsaktion, deren Ausmaß und Verfahren noch vorbehalten bleiben muß, helfend einzugreifen.

Da auch das Reich die Mittel hierfür für in einem weiteren Augenblick durch eine langfristige Kreditoperation

figeren muß, kommen für eine etwaige Umföhrung nur Schulden für solche Ausgaben in Betracht, die unter Anlegung eines strengen Maßstabes als werbende Ausgaben anerkannt werden können.

Ich werde darauf zurückkommen, bemerke aber schon jetzt, daß eine solche Umföhrungsaktion nur dort in Frage kommen kann, wo ich die Ueberzeugung erlangt habe, daß alle auf der Ausgabe- und Einnahmeseite zum Ausgleich des Etats erforderlichen Maßnahmen getroffen worden sind. Ich werde gegebenenfalls erst nach Prüfung an Ort und Stelle an der Umföhrung mitwirken. Ebenfalls weise ich schon jetzt darauf hin, daß die Länder und Gemeinden zweckmäßigerweise für ihre kurzfristigen Schulden einen Schuldenzinsplan aufstellen, der die Abdeckung aus laufenden Mitteln in den nächsten Jahren ermöglicht.

Besserung der Kriegsoffizierrenten.

Sitzung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Organisations- und Vertreter der Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die in Gegenwart eines Vertreters des Arbeitsministeriums tagten, konnten in der Aenderung der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten, soweit sie Kriegsoffizierrenten betraf, eine Einigung erzielen. So wurde eine Besserung der Renten für Kriegsbeschädigte, eine Milderung der Anrechnung der Renten auf die Arbeitslosenunterstützung bei arbeitslosen Kriegsbeschädigten und Kriegsernterhebenden, eine Milderung der Ruhestandsbestimmungen für Personen, die öffentliches Einkommen beziehen, sowie grundsätzliche Aenderungen auf dem Gebiete der Gewährung von Zulagen der Reichsregierung empfohlen. Aus den Neuerungen des Regierungsvorsetzers ist zu entnehmen, daß die Wünsche des Reichsausschusses in einer demnächst zu ver kündenden Notverordnung Berücksichtigung finden.

Deutschlands Kriegsschiffe.

Nur die Hälfte der zulässigen Zahl. Reichsaussenminister Dr. Curtius hat an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Note gerichtet, in der es u. a. heißt:

Die in Ihrem Schreiben vom 13. Juni des Ja. erbetenen Angaben über den deutschen Rüstungsstand befreie ich mich in der Anlage zu überreichen.

Die beiliegenden Tabellen lassen erkennen, wie gering die Rüstungen Deutschlands im Vergleich zu denjenigen anderer an Gebiet und Bevölkerungszahl ihm entsprechender Staaten sind. Teilweise bleiben sie sogar erheblich hinter dem durch die Abföhrungsbestimmungen des Versailles Vertrages festgelegten Stand zurück. So besitzt z. B. die deutsche Marine gegenwärtig nur vier im Dienst befindliche Linienschiffe, während sie auf Grund des Art. 181 des Versailles Vertrages und des Schreibens der Interalliierten Marinekontrollkommission vom 26. 3. 1920 sechs Linienschiffe im Dienst und zwei Linienschiffe in Reserve, also den doppelten Bestand zu haben berechtigt ist.

100 000 Kleinsiedler.

Ein Vorschlag des Reichsfinanzministers.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat dem Reichskabinett einen großzügigen Siedlungsplan vorgelegt, der in absehbarer Zeit 10 Prozent der Wohnfabrikationskosten unterbringen soll, und damit als ein wertvoller Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzusehen ist.

Der Reichsfinanzminister empfiehlt eine halb städtische, halb ländliche Siedlung. Nach seinem Vorschlag soll die Siedlung in der Nähe von Städten erfolgen. Der Boden soll aus städtischem und staatlichem Besitz hergekommen werden, von den Materialien, z. B. das Holz, aus den staatlichen Forsten.

Die Siedlung soll zunächst die kleinstmögliche Form bekommen: ein kleines primitives Haus mit zwei bis vier Morgen Land. Voraussetzung für die Verpachtung einer Siedlerstelle ist, daß der Wächter, dem übrigens für spätere Entschädigung vorzusehen ist, bei der Herstellung des Hauses mitarbeitet, außerdem sollen andere Arbeitslose herangezogen werden. Eine Mehrbezahlung über die Unterstützung hinaus ist allerdings nur in Form von Verpflegung auf der Arbeitsstelle und Transport zu und von ihr vorgesehen.

Abgesehen davon, daß die psychologischen Schwierigkeiten der ländlichen Siedlung durch die Nähe der Städte

befreit werden, rechnet man bei dieser Form der Errichtung der Siedlerstellen damit, für 200 Millionen Mark, die aus der Hauszinssteuer aufzubringen wären, etwa 100 000 Siedler ansetzen zu können. Noch im September soll nach dem vorliegenden Plan mit dem Werk begonnen werden, so daß bis zum Frühjahr 100 000 Siedler untergebracht sind. Sie würden die Unterföhrung noch bis zur nächsten Ernte, spätestens bis zum Ende des Jahres 1932 bekommen.

Der Vorschlag des Reichsfinanzministers betont besonders die Notwendigkeit einer einheitlichen Durchführung für das ganze Reich und empfiehlt die Einsetzung eines Reichsfinanzministers für das Kleinwohnungsweesen, der nur dem Reichsanwalt direkt unterstellt würde. Ihm soll ein Bericht zur Seite gestellt werden, der aus Vertretern der verschiedenen Reichsregierungen und des betreffenden Landes besteht.

Die christlichen Bergarbeiter zur Krise.

Effen, 8. Septbr.

Die Reichskonferenz des Gewerkschaftsbereichs christlicher Bergarbeiter Deutschlands nahm in einer Reihe von Entschöhrungen zur Wirtschaft und der Lage des Bergbaues sowie der Bergarbeiter Stellung. Vor allem wandte sie sich gegen die Behauptung der Kleinindustrie als Krieg und forderte die Beseitigung der Reparationslasten, die als Hauptursache der Krise angesehen werden müßten. Sie sprach sich ferner für eine bestmögliche Verbindung der internationalen Rohstoffwirtschaft aus, forderte eine weitere angemessene Verkürzung der Arbeitszeit; eine weitere Lohnsenkung wäre im Interesse der Behauptung der Bergarbeiter untragbar. Weitere Entschöhrungen richteten sich gegen den Angriff auf das Tarif- und Schlichtungsweesen und gegen eine Verschlechterung der Sozialversicherung.

Einigung in der Wirtschaftspartei.

Bildung einer Parteiföhrung.

Berlin, 9. September.

Auf einer Tagung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei wurde die Parteiföhrerfrage endgültig geregelt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Reichsaussenminister Dr. Dietrich wurde die Parteiföhrung als eine Vereinigung bestehend aus dem früheren Reichsjustizminister Dr. Bredt, dem früheren sächsischen Staatsminister Dr. Weber-Dresden, dem Reichsaussenminister, Mollath, Berlin und Stadtrat Kotzel-Magdeburg, Mitglied des Reichsrats. In der Parteiföhrung waren die wichtigsten Wahlkreise, die bisher in der Opposition standen, vollständig vertreten. Die Reichsaussenminister des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei stellte mehrere Forderungen auf, u. a. Sicherung des privaten Eigentums an Grund und Boden; Beseitigung der Hauszinssteuer und der Wohnungsmonopolwirtschaft; teilweise Umgestaltung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung; progressive Staffelung der Umsatzsteuer und Einführung einer Einkommensteuer.

Forderungen der Sozialdemokraten.

Eine Entschöhrung der Reichstagsfraktion.

Berlin, 9. Septbr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt eine Forderung ab, in der die Abgeordneten Dr. Herz und Dr. Hilferding beschließen, daß die Reichsregierung angehalten ist, eine Entscheidung über die Notverordnung vom 5. Juni, die von der Bevölkerung als besonders drückend empfunden worden sind, zu mildern.

Nach längerer Aussprache nahm die Fraktion eine Entschöhrung an, in der u. a. die Zusammenarbeit aller Völkler gefordert wird, besonders müßte die deutsch-französische Verständigung angestrebt werden. Von besonderer Bedeutung würde die Föhrung der Handelspolitik sein. Weiter fordert die Fraktion die Errichtung eines Amtes für Bankpolitik, das mit allen möglichen Vorkanälen zur Information über die Verhältnisse und zum Eingreifen im volkswirtschaftlichen Interesse ausgestattet ist, und die Errichtung eines Kartellamtes, eine Reform des Aktienrechtes, Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Verarbeitungswirtschaft und Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel, insbesondere des Brotes, ferner die Einführung der Vierzigstundennorm und Kürzung der hohen Pensionen und Gehälter.

Landvolk gegen Curtius. Die Reichstagsfraktion und die Preußenfraktion der Deutschen Landvolk-Partei betonte: Im Hinblick auf die Vorgänge in Gent ist das Deutsche Landvolk der einmütigen Ansicht, daß der gegenwärtige Außenminister Dr. Curtius nicht länger Mitglied des Reichskabinetts bleiben dürfe.

Die Lage am Arbeitsmarkt.

Langsames Ansteigen der Arbeitslosen-ziffer.

Berlin, 9. September.

Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern rund 4 195 000 Arbeitslose gemeldet; die Zunahme gegenüber dem letzten Stichtag belief sich auf rund 91 000 und blieb damit hinter der Zunahme in der ersten Hälfte des Monats (rund 114 000) zurück. Die Zahl der Unterföhrungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung ist um rund 96 000 gestiegen, während im vorhergehenden Berichtzeitraum beide Unterföhrungsbeirichtungen zusammen einen Zugang von rund 49 000 zu verzeichnen hatten.

Am 31. August wurden nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung rund 2 281 000 (am 16. August 1 225 000), in der Krankenversicherung und 1 095 000 (am 15. August 1 055 000) Hauptunterföhrungsempfänger betreut. Insgesamt hat die Arbeitslosigkeit seit dem sommerlichen Tiefpunkt nicht härter zugenommen als während der gleichen Entschöhrungsperiode des Vorjahres, nur der Ausgangspunkt liegt in diesem Jahre erheblich höher. Die Zahl der Wohnfabrikationsarbeiten belief sich Ende Juli auf rund 1 063 000.

Winterhilfe.

Auch die Teno stellt sich zur Verfügung.

Die Hauptstelle der Technischen Nothilfe gibt folgendes bekannt:

In der Ueberzeugung, daß die Technische Nothilfe bei der Durchführung der umfangreichen und schwierigen Aufgaben, vor die die Verbände der Wohnfabrikationsstelle bei der Durchführung der geplanten Winterhilfe gestellt sind, in vieler Beziehung Nothilfe leisten kann, hat die Hauptstelle den in Betracht kommenden Stellen die Mitarbeit der Technischen Nothilfe angeboten.

Auf Grund der Erfahrungen früherer Jahre und vor allem des letzten Winters kommt hauptsächlich die Gesteuerung von Helfern und Helferinnen für die Durchführung von Sammlungen jeglicher Art, für die Verteilung von Liebesgaben, für Lebensmitteltransporte und für Einrichtungen von Nothilfeleistungen, aber auch von Nothilfeleistungen, die Bereitstellung von Nothilfeleistungen, Transportmitteln usw. in Frage. Alle Dienststellen im Reich, alle Ortsgruppen, Berufsständegruppen und Männer der Technischen Nothilfe sind bereits angewiesen, dem Winterhilfswerk jede mögliche personelle und materielle Unterföhrung zuteil werden zu lassen.

Jugendliche Arbeitslose im Winter.

Einrichtung von Bildungslehrgängen.

Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden nünmehr die Zahlen über die Beteiligung der jugendlichen Arbeitslosen im letzten Winter bekannt gegeben, und zwar sind in der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit, vom 1. Januar bis etwa Anfang April 1931 durch die Maßnahmen der Arbeitsämter etwa 120 000 jugendliche Arbeitslose erfaßt worden.

In diesem Ausmaß wurde jugendlichen Arbeitslosen die Teilnahme an beruflichen Bildungsveranstaltungen der Arbeitsämter oder anderer Einrichtungen mit Hilfe von Mitteln der Reichsanstalt oder des Reichsarbeitsministeriums ermöglicht. Im Durchschnitt waren 25 o. 5. der Gesamtzahl weibliche Arbeitslose.

Eigene Einrichtungen der Arbeitsämter sind nur in wenigen Fällen geschaffen worden. Für die Durchführung der Maßnahmen war der beachtenswerte Umstand maßgebend, daß mehrfach leer stehende Werkstätten, Fabrikräume, Maschinenanlagen für die Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher angeboten wurden, während andererseits unter den Arbeitslosen zahlreiche Ingenieure, Werkmeister, ehemalige selbständige Handwerkermeister, Fadearbeiter und Lehrer als geeignete Kräfte für den Unterricht zur Verfügung standen. Das Interesse der Jugendlichen für praktische, von Sachverständigen geleitete Lehrgänge ging — im Gegensatz zu theoretischem Unterricht — so weit, daß wiederholt nicht



Roman von Elisabeth Borchart

49. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Als sie ein Stück die Dorfstraße hinaufgegangen waren, begegnete ihnen ein kleines Dorfkindchen, das in einem Körbchen allerhand Alpenblumen trug und sie den Vorübergehenden zum Kauf anbot. Bordini musterte die Blumen und zog dann ein Sträußchen Edelweiss hervor.

„Die hobt ihr in eurem Garten gezogen, nicht wahr, Kleine?“ fragte er das Kind. Dieses wollte leugnen, aber er wies sie ab: „Sage nur die Wahrheit, Kind, leugnen hilft nichts. Edelweiss, das auf den Eisbergen wächst, trägt ein reines, schimmerndes Weiß, nicht aber dieses kümmerliche Grauweiß — die hier ist eine armeliche Grottenpflanze.“

Bei diesen Worten hatte er ein ansehliches Gesicht aus seiner Falte gezogen und dem hochföhrtenen Kinde gegeben. Darauf machte er sich zum Weitergehen.

Er nahm seinen Hut ab und steckte das Sträußchen daran.

„Hier mag es allenfalls seinen Platz finden. Ihnen, Signorina, hoffe ich einmal ein anderes, schöneres, das aus den höchsten Eisregionen kommt, anbieten zu können.“

„Das wird schwer zu erlangen sein.“ antwortete sie. „Wir haben als nächsten Gletscherberg nur den Kratostof, und der Weg dorthin ist weit. Auch ich er schmer zu betreten sein, besonders da, wo das Edelweiss am häufigsten vorkommt. Sie werden es nicht erlangen.“

„Meinen Sie?“ Seine Stimme zitterte leise und seine Blicke suchten die ihren. „Und wenn dennoch jemand, den es nach dieser Blume der Reinheit gelüftet, sich hindurchkämpfen wollte durch Schnee, Eis und Gefahren zu ihrer Höhe — da ihr Besitz ihm als höchstes gilt?“

„Er wird dann abfallen müssen, denn es ginge um Leben und Tod.“

„So ist der Tod besser, als ein Leben ohne sie!“ rief Bordini leidenschaftlich.

„Ja war doch geworden, und ihr Herz sollte selbundenlang seinen Schlag aus.“

„Sie waten jetzt auf einsamen Felsen angelangt; kein Mensch war zu sehen, nur die Berge umgaben sie wie treue Wächter.“

„Das wäre ein Frevler!“ stieß sie angstvoll bekommen hervor.

„Frevler?“ Nun wurde er erbleich. „Sie wollen damit sagen, daß ich — daß ich unwürdig ist, meine Hand nach der reinen Blume auszustrecken?“

„Es hieße — Gott verzeihen.“ antwortete sie leise.

„Sie wissen, wie ich in diesem Punkte denke — und warum wollen Sie darin denn durchaus meinen Untergang sehen?“

„Ich will nicht sterben, Signorina, ich will leben mit der Blume, die ich erobert will und werde.“

Seine Stimme klang lebensschäftlich erregt, und in seinen Augen blickten heiße Flammen. „Ja überließ es kalt; sie hieße die Lippen aufeinander und schweig.“

Einen Augenblick verharrte auch Bordini schweigend, dann blieb er mit plötzlichem Rud setzen und nahm ihre Hand.

„Signorina — wenn ich dennoch — in dem Kampf untergehen sollte — würden Sie mich eine Stunde, ja nur eine Sekunde lang, vermissen?“

„Signore — Sie werden den Schmerz nicht wahr machen wollen!“

„Schmerz?“ fragte er, „Signorina, warum umgehen Sie meine Frage?“

„Schmerz — Schmerz!“

Ein heller Zoder tönte mitten in Bordinis Worte hinein. Sie fuhren beide, wie aus bödem Traum erwachend, zusammen und richteten ihre Blicke auf eine junge Wälerin, die ihnen mit schnellen Schritten entgegenkam.

„Es ist die Röseli.“ sagte Jia, und das War stieg ihr plötzlich mit solcher Gewalt in die Wangen, daß sie förmlich klopfen hörte, aber es ebbte ebenmäßig wieder zurück.

„Griß Gott!“

„In ihrer schmutzen Tracht, frisch, lauber, mit klaren Augen stand jetzt die Gennerin vor ihnen und reichte jedem vertraulich die Hand.“

„Ich hob Sie glei erkannt und hob g'moant, Sie warte hier auf mich, deshalb bin ich so glänzend.“

„Antwortete Jia und wies den fortschreitenden Blicken des Mädchens aus.“

„O, wie lieb von Ihnen, und nu kann ich Sie mit einmal beglücke, die Wäher hat mich nach Brot g'grüßt.“

„Wir kommen gern mit Ihnen nach Wäherd'g'grüßt, Jia freundlich ein; sie hatte ihre Fassung wiedererlangt, wir wollten Sie nur gern sehen und brechen, und nun mit Sie getroffen haben, können wir uns den liebsten Weg nach der Sonne hieher.“

„O, wie mich das freut, daß Sie an mich g'dacht habe,“ erwiderte Röseli und sah eben nach dem andern treuerzig dankbar an. „Ich glaub, a, daß Sie mit verziehen könne und fühle, wie mi zumut ist.“

„Gewiß!“ Bordini nickte. „Saben Sie denn heute schon mit Wäherd'g'grüßt?“

„Nein — der ich mit ein Sträußchen u'n' Brothaltigkeit — als Führer verdient er am meisten.“

„So — so, er kennt die Berge alle wohl sehr genau.“

„Fretli — sehr g'nau. Es gibt a Weg und a Weg, den er nicht kennt, sogar u'm Kratostof, der sehr schwer zu betreiben ist. Ich fürcht' mir allemal, wenn er do hinauf ist, aber g'ottselig kommt es sehr oft vor, daß ein Fremder do hinauf will von Wäher aus.“

„Um — er ist doch immer wieder glücklich heimgeleitet?“

„Das ist so — a ist's ja mit überleben, wenn er mit wieder kam.“

„Sagen Sie einmal, Röseli, war Ihr Vater auf der Sonne bei Ihnen in dieser Zeit?“

„Ja, er war oben — und oberechere Reb hat er g'föhrt.“

„Aber Sie fürchte hat er mi wolle, ob ich an meines Städtchen kenne, aber ich war u' me' Hut.“

(Fortsetzung folgt.)

alle Meldungen der Arbeitslosen berichtigt werden konnten; aus eigenem Antrieb wurde oft über die fehlgehende Stundenzahl hinaus gearbeitet, um begonnene Arbeiten bis zum Abschluß der Belegänge fertigzustellen.

Im kommenden Winterhalbjahr wird diese Arbeit nach den Plänen der Reichsanstalt, die bereits aufgestellt sind, erneut und in verklärtem Umfang in Angriff genommen werden müssen.

Ein Bedürfnis nach Fortführung der Maßnahmen liegt schon deshalb vor, weil Notstandsarbeiten, Hilfsarbeiten und Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst aus jahreszeitlichen Gründen zurücktreten werden, so daß eine Eröffnung größerer Massen von städtischen Jugendlichen auf diesen Wegen nicht gewährleistet erscheint. Methodisch wird nach dem neuen Plan bei den Veranstaltungen für erwerbsfähige Jugendliche der praktischen Arbeit und der praktischen Bekanntschaft eine zentrale Stellung eingeräumt werden, die Berufskenntnis zu unterbauen und sie so zu fördern, daß der Arbeitslose zu keiner Zeit den Anblick an seinen Beruf verliert. Außerordentlich wünschenswert erscheint eine produktive Anlage der Arbeit der Jugendlichen, wie sich das bereits im vergangenen Winter sehr gut bewährt hat.

Vorbereitung zum Aufstand.

65 Kommunisten bei militärischen Übungen festgenommen. Gotha, 9. September.

Die Polizeidirektion Gotha teilt mit, daß eine kommunistische Abteilung in der Frau Waltershausen-Langenstein am Ziegenberg eine Geländeübung abhielt. Bei dieser Übung erwarb die Abteilung die Teilnahme der Anwesenden, daß es sich um eine Organisation handele, die planmäßig Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand tätigt. Von der städtischen Polizeidirektion Gotha wurde alsbald nach Bekanntwerden ein stärkeres Kommando von Schutzpolizei- und Kriminalpolizeibeamten zu weiteren Feststellungen nach dem Gelände am Ziegenberg entsandt.

Es wurden 65 Personen in der Nähe der Schießanlage des Arbeiterclubsvereins Waltershausen und auch in dem Grundstück selbst angetroffen und zwangsgewaltig. Die Feststellungen ergaben, daß die zwangsgewaltigen Personen offenbar zu einer kommunistischen Schulung zusammengekommen waren.

Aus dem vorgefundenen und beschlagnahmten Material konnte ersehen werden, daß es sich um Mitglieder kommunistischer Organisationen handelte, die insbesondere dem Kampf gegen den Faschismus angehören. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung in die Hände genommen.

Ein großer Tag.

Eröffnungstag des Interhauses.

London, 9. September.

Bei seinem Zusammenritt zeigte das Unterhaus ein völlig anderes Bild als in der letzten Sitzung. Fast alle Mitglieder der Arbeiterpartei sind in die Ränge der Opposition eingereiht, während die Konserverativen und die Liberalen auf den Regierungsbänken Platz genommen haben. In Erwiderung auf eine Frage henderlons im Unterhaus erklärte MacDonald, die Regierung werde die Vertrauensfrage stellen.

Als dann henderlon auf den Wunsch der Regierung antwortete, die Debatte über die Verhältnisse zum Budget am Donnerstag abzuschließen, und gegen eine solche Unterstützung in einem Augenblick der Krise protestierte, ereignete sich unter dem Beifall der Anhänger der Regierung und dem Gegenbeifall der Opposition der erste Zusammenstoß zwischen henderlon und seinem früheren Führer, MacDonald erwiderte lachend, er freue sich, daß henderlon zugebe, daß man sich in einer Krise befinde.

Darauf wurde eine förmliche Vorlesung verlesen, in der es heißt: Nach Auffassung der Minister Seiner Majestät macht es die gegenwärtige Lage der Finanzen des Landes notwendig, zusätzliche Steuern zu erheben und Währungen in den Ausgaben vorzunehmen. Seine Majestät unterbreitet die Frage seinem treuen Unterhaus zur Prüfung und hofft, daß dieses die entsprechenden Maßnahmen beschließen werde.

MacDonald-Rede im Parlament.

Einsparungen und Steuererhöhungen. — Die Vorgesichtliche der Krise.

London, 9. Septbr.

Im Anschluß an die Thronrede empfing MacDonald die Einsetzung eines Ausschusses für Mittel und Wege, wobei er sich auch für die Frage äußerte, welche Schritte zu tun sind, was die Kürzungen betreffen, werden er selbst 20 000 Mark zu fragen haben. In der dritten Unterredung, so betonte er, seien die Kredite erschöpft und England gezwungen gewesen, eine neue Anleihe aufzunehmen, um eine Erhöhung der Währung zu verhindern. Die Regierung habe kraftvoll und ohne Rücksicht auf die Parteimehrheit handeln müssen. Sei die Krise überwunden, dann könne man sich wieder fragen wie der der Kriegsschulden zuzunehmen.

Wenn von der Opposition gesagt werde, die Finanzlage habe die Ereignisse beeinflusst und wolle den Staat kontrollieren, dann stelle er fest, daß diese Behauptung oder Verantwortung entbehre. Angesichts der weitreichenden Verhandlungen, die ziemlich bald über die Reparationsabkommen begonnen werden müssen, und mit deren Erörterung nur angefangen werden müssen, wenn der allerbeste Wille zwischen Frankreich, Amerika und England geschaffen sei, müsse die Nation zusammenhalten.

Zu der Frage nach der möglichen Umbau der Regierung betonte MacDonald, daß es ihre Pflicht sein würde, so lange im Amt zu bleiben, bis die Welt aufs neue da sei, von überzeugt sei, daß der Vertrag, der die Welt aus dem Unterhaus entfernen würde, daß nicht mehr getan werden könne, dann würde die Regierung bereit sein, ihre Amtszeit dem König zurückzugeben.

Einflussreichend an MacDonalds Ausführungen betonte der Führer der Opposition

henderlon,

daß man sich, wenn das Budget balanciert werden sollte, an die werden müsse, die am meisten haben. Zwei Sparmaßnahmen könne die Opposition nicht billigen. Eine Einschränkung in die Wirklichkeit der lokalen Dienste und eine Herabsetzung des Lebensstandards durch Beschnürung der Arbeitslosenfrage. Die ehemalige Arbeiterregierung hat Sparmaßnahmen im Umfang von 56 Millionen Pfund provisorisch angenommen. Einen Tag nach dieser Annahme wurde mitgeteilt, daß weitere 25 bis 30 Millionen Pfund eingepart werden müßten, und daß in der Hauptphase die Erparnisse zu Lasten der Arbeitslosen erfolgen müßten.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 9. September 1931

* Nachtrag zu den Reichsjugendwettkämpfen. Fünfkampf für Knaben (7. und 8. Schuljahr, 1. Abteilung). 10. Sieger Heinz Lütjlich, Kotta, 73 Punkte.

* Einen Familienabend veranstaltete am Sonnabend der Jungmädchen-Verein und verband damit die Abchiedsfeier für den Lebenden Vater, Herrar Agmus. Ein äußerst zahlreicher Besuch lohnte die Mühen und Arbeiten, die Vater und Mitglieder sich zur Ausgestaltung des Abends gemacht haben. Der in Remberg heimlich geborene Jugend-Verein St. Pauli aus Dessau war gleichfalls mit seinem Vorkamender erschienen, der den Abend mit seinen Wesen verlebte. Nach dem gemeinsamen Gesänge des Liedes „Gute bei Fortem“ sprach Hans-Uwe Agmus folgendes Grußwort:

Wollt euch herzlich grüßen
Heut zu dieser Stunde,
Daß wir scheiden müssen,
Duo ich auch fund.
Wünscht euch Gottes Segen
Aus des Herzens Trieb,
Er sei mit euch allemal,
Und behaltet uns lieb.

auf das die Begrüßungsansprache des Pfarrers Agmus folgte, in der er seine 67-jährige Tätigkeit in Remberg schilderte. Der erste Teil des Programms hand in Zeichen Luthers und seiner Tat. Das Gedicht „Die Nonne“ vorgetragen von Lote Agmus, das Luther-Festspiel „Zug evangelischer Freiheit“ gespielt von Liesbeth Rohde, Liesbeth Winkler, Lieschen Gresse, Gita Clemens und Eva Gyllis sowie das Gedicht „Jerusalem und Wittenberg“, vorgetragen von Grete Juhn führten uns in jene Zeit und zeigten uns die Wirkung der Tat Luthers. In der zweiten Hälfte kam der unterhaltende Teil zu seinen Recht in dem Märchenstück „Das Wunderfährlin“, gespielt von Lieschen Gresse, Lote Agmus, Liesbeth Conrad, Eva Müller, Helene Gluch, Hildegard Bachmann, es ermahnte die Zuschauer, immer die Augen in der Wirklichkeit offen zu halten, wenn es vorwärts gehen soll. In der Szene „Beim Fräulein Doktor“ zeigten Eva Gyllis und Gita Clemens, daß zu einem zufriedenen Geleben Aneinandergerwöhnen und Verständnis für die gegenseitigen Eigenheiten notwendig seien. Das Lustspiel „Der möblierte Herr“ gespielt von Grete Juhn, Lucie Höse und Lote Agmus beendete diesen Teil des Programms. Im Schlußteil gedachte der Verein der zum größten Teil geborenen Ernte mit dem Erntebild und einem Erntegedicht vorgetragen von Lucie Höse. Die Anwesenden danken dazu „Nun danket alle Gott“. Nach dem Propl Vertram in längeren Ausführungen der Tätigkeit Herrar Agmus und seiner Frau in Gemeinde und Vereinen anerkennende Worte gesagt hatte, sprach der Vorsitzende des Jugend-Vereins Werner Leue und Claus-Dessau Abschiedsworte an Herrar Agmus. Das Abschiedsgedicht vorgetragen von Eva Gyllis leitete über zur Abschieds-ansprache des Herrar Agmus, in der er seinen Dank aussprach für den guten Besuch und für die Unterstützung, die er in Remberg gefunden habe. Er wird sich gern an seine Remberger Tätigkeit erinnern. Von Frau Herrar Agmus erhält Liesbeth Winkler für 10-jährige Mitgliedschaft eine Festgabe. Mit dem gemeinsam gelungenen Liebeso „So nimm denn meine Hände“ und dem Japanstreich „Ich bete an die Macht der Liebe“ fand der Abend sein Ende, der mit vielem Fleiß vorbereitet war und an dem alle Mitwirkenden mit Eifer bei der Sache waren, sodas alles sehr gut gefiel. Mit einer Gesamtanerkennung wollen wir daher unseren Bericht schließen und wünschen Herrar Agmus und seiner Familie in der neuen Heimat Wohlergehen und Glück.

* Fußballsport. Um ihre Niederlage beim Sportfest wieder gut zu machen hatte der Sportverein Bresch die 1. Mannschaft mit Schülern vom hiesigen Sportverein Rot-Weiß am letzten Sonntag eingeladen. Bresch war sehr siegesgewiß, hatten sie doch erst vor kurzen die Schmiedeburger Mannschaft mit 9:1 reingelegt. Nach ihrem Zeitungsbericht hatten sie endlich die Stürmer gefunden, die natürlich Tore schießen können. Leider kam diesmal die Geschichte etwas anders, denn die 1. Mannschaft von Rot-Weiß ist hinten so gut bereit, daß sich schon andere Gegner mit Bresch die Köpfe einermant haben. 2:2 Ubergang der Tanz los. Bresch, den heftigen Wind als Bundesgenossen, verlor vergeblich, dazuzukommen, alle Angriffe scheiterten. Halbzeit 0:0. Nach der Pause wendete sich das Blatt. Eine Zeitlang kam Bresch von seinem Tor überhaupt nicht weg. Anfolge der großen Mauer und unverständlichen Glück der Brescher war es den Rot-Weißern nur zweimal möglich einzufinden und den Sieg damit sicher zu stellen. Bedauernd war die Haltung der Zuschauer, die sich wie die Widren gebärdeten als sie sahen, daß ihre Lieblings nicht Tore schießen konnten, was sie doch eigentlich gegen Schmiedeburg gelernt hatten — Auch die Schülersmannschaft von Rot-Weiß hielt sich sehr tapfer, auch ihnen hatte Bresch eine ordentliche Niederlage zugebracht. Doch wie die Alten tungen, zwitschern auch die Jungen“. Mit dem ehrenvollen Resultat 1:1 trennten sie sich.

* Torgau. (Ein roter Patron.) Eine Frau Paeh von hier, die der im Wochenbett liegenden Frau des Polen Michaelis aus Gefälligkeit Handreichungen in der Wirtschaft leistete, wurde von M. idmer mißhandelt. M. war, nachdem er sich tagelang herumgerieben hatte, im angetrunkenen Zustande heimgekehrt. Er griff die Frau ohne Grund tödlich an, so daß sie die Hilfe der Nachbarn in Anspruch nehmen mußte.

Die Tipplerbrüder werden ausfallen.

Torgau. Die Not der Zeit spiegelt sich grell in der herabgedrückten amwandelnden Zahl der Tipplerbrüder wieder, die mit besonderer Intensität den Kreis Torgau sowie die Grenzgebiete mit ihrer Gegenwart zu beschreiben scheinen. Besonders überaus von diesen „Künder“ ist die Landstraße Torgau-Seyersberg. Starke Zahlen weisen nach den Feststellungen der zuständigen Stellen aber auch die Straßen Torgau-Siebers (Bezirk Halle), Tor-

gau-Eilenburg und Zorge Wittenberg auf. Mit dem Anwachsen der „Künder“ sind leider notwendig auch ihre Ansprüche zu steigen. Besonders die längeren Leute stellen Anforderungen hinsichtlich der Befestigung, die kleine Landgemeinden unmöglich zu erfüllen vermögen. Werden die Ansprüche nicht erfüllt, schreien die Leute nicht vor Drohungen, unter anderem mit Brandstiftung u. ä. zurück. Wenn man bedenkt, daß viele Gemeinden täglich leben bis zum Wunderrücken beherbergen und befestigen, so kann man sich eine Vorstellung von der Wichtigkeit machen, den diese Landlose angemessen hat.

Falsche 20-Mark-Scheine im Umlauf!

Esleben. 20-Mark-Scheine sind in der letzten Zeit hier wieder aufgetaucht. Die falschen Scheine tragen das Datum 11. Oktober 1924. Im Wasserzeichen der Vorderseite steht statt Reichsbank Reichsmark. Außerdem sind die Scheine dünner und weicher als die echten.

Schönebeck. An der Nacht drangen mehrere Personen in das Amtsgerichtsgefängnis ein. Um auf die vier Meter hohe Gefängnismauer zu gelangen, benutzten sie eine Fahnentange. Dann kletterten sie am Leitgabelier hoch und gelangten durch den Wächterschicht ins Innere. Sie öffneten mehrere Gefängniszellen und verläßtten per sech die Gefangenen zur Flucht zu veranlassen. Anwesend gefährt, ernterten sie sich mit dem Ruf: „Rot Front!“ Polizeiliche Ermittlungen sind im Gange.

Freisigigkeit in der Wohnungswirtschaft.

Magdeburg. Der Magistrat trat einem Beschluß der Wohnungsdeputation bei, auf Grund dessen Wohnungen mit einer Jahresmietsumme von 500 Mark und mehr aus der Wohnungswirtschaft herausgenommen werden, weil infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse die Nachfrage nach dertartigen Wohnungen gering ist und auf dem freien Markt befriedigt werden kann.

Schulungsstagen für Zornleher.

Esleben. Vom 10. bis 12. September hält der Verein für Lebensübungen an den Schulen der Provinz Sachsen in Esleben eine Tagung ab. Es ist dies der Verband dertigen Lehrer und Lehrerinnen der Provinz Sachsen, die Zornleheritrat an den Schulen erteilen. Dieser Verband hält in jedem Jahre eine Hauptversammlung ab, die mit zwei Schulungstagen für Lebensübungen verbunden ist, um seinen Mitgliedern sowie auch allen anderen Lehrern und Lehrerinnen Gelegenheit zu geben, sich über Neuerungen im Schulunterricht zu unterrichten.

Provinzialtagung der Gärtner.

Nordhausen. Aus Anlaß des 40-jährigen Bestehens des hiesigen Gartenbauvereins hielt der Landesverband Provinz Sachsen der Gärtnervereine seine Hauptversammlung in Nordhausen ab. In der Eröffnungsvorrede lehrte der Vorsitzende, Gärtnervereiner Schröder, Salzwedel, die Note und Wünsche der Gärtner dar. Gegen die Heranziehung des Gartenbauers zur Gewerbesteuer durch Novellierung werde die Spitzenorganisation eine föderalistische Entscheidung beantragen. Die bisherige Einheitssteuerung müsse herabgesetzt werden. Der neue Leiter der Gärtnervereine, Herr Burg, Direktor Weiser, legte die Vorschläge einer ausreißenden theoretischen Ausbildung der jungen Gärtner dar. Über moderne Völagewerbung im Gartenbau referierte Herr Sievert vom Reichsverband.

Der Reichstagslebens und jenseit die Beiträge.

Magdeburg. Der Gesamtverband des Reichstagslebensbundes hat, wie uns das Städtische Presseamt mitteilt, mit Rücksicht auf die mäßige Lage der mittleren und kleinen Städte beschlossen, den Mitgliederbeitrag, der schon bisher in engen Grenzen gehalten war, für das kommende Geschäftsjahr um 10 Prozent zu senken.

Massierte Räuber überfallen eine Gashilfsstation.

Mechendorf (Kr. Wolmirstedt). In der Gashilfsstation Keller zwischen Mechendorf und Großmannsleben erloschen amends, zu einer Zeit, als keine Gasse mehr anwesend waren, zwei massierte Männer und ihre Familien in die Wirtshauskette und deren Tochter. Alle drei wurden gefesselt, nachdem die Räuber die Telefonleitung durchgeschnitten hatten. Die Räuber erbeuteten Silbergegenstände, Lebensmittel sowie 500 Mark Geld. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Erst nach zwei Stunden konnte der Gashilfsstation und die Seinen von den Fesseln befreien und die Landjäger benachrichtigen.

Die Kreisbauernmannschaft differt.

Dresden. Die Kreisbauernmannschaft Dresden hat für die Stadt Dresden das Ortsgesetz über die Bürgererhebung in der Gemeinde Dresden und dem Stadtrat überreicht. Zum Landesgesetz wird danach ein Zuschlag von 300 Prozent erhoben mit Wirkung vom 1. April 1931. Vom 1. Oktober d. S. ab wird die Pauschalabfindung für den Stadtordeordnetenoberster auf 120 Mark, für die übrigen Mitglieder der städtischen Körperschaft auf 60 Mark monatlich festgelegt. Der Posten des dritten Bürgermeisters, der zur Zeit unbesetzt ist, wird für die Zukunft auf 120 Mark festgelegt.

Weiter hat die Stadt Dresden Verdoppelung der Biersteuer vorzunehmen. Ferner müssen an einzelnen Statkapiteln z. T. recht erhebliche Abstriche vorgenommen werden, die sich auf insgesamt über 2,3 Millionen Mark belaufen. Den größten Abstrich erfährt das Kapitel Kräfensfürzorg mit rund 1,5 Millionen Mark.

Sturm in Pommern.

Schwere Schäden, zahlreiche Verletzte, ein Toter.

Stettin, 8. September. An verschiedenen Stellen Pommerns richteten heftige Stürme beträchtlichen Schaden an. Fernsprecherkabel und Stromversorgung wurden vielfach unterbrochen.

An der Rössler Vorstadt Wilhelmshof schleuderte der Sturm einen Baum mit solcher Wucht gegen ein Wohnhaus, daß für das Gebäude Einsturzgefahr bestand; es mußte geräumt werden. Auf der Straße Cammin-Primbom wurden nicht weniger als 70 umgeworfene Bäume gestürzt.

Der Ostseeufer und auf Rügen erreichte der Sturm eine Stärke von zehn und elf. Schiffsverkehr und Baubeständen wurden beschädigt. Der Dampfer „Frigga“ brauchte zur Rückfahrt von Sagen nach Swinemünde anstatt vier Stunden 15 1/2 Stunden. Zwischen Swinemünde

eine Gefährdung für die Brauenwelt! Wir können heute über ein Recht berichten, durch die sehr harmlose zum Vergleichen wird. Es ist die „Schumblende“, die Schum und Wasser bei der Kopfmassage den Augen fernhält. Auf diese Weise hat man bei der Garmasche freies Sicht. Diese neue „Schumblende“ finden Sie jetzt als Hilfe bei jeder Pflanzung von „Schwarzgürtel“, dem Garmasche-Schummen, auch bei der neuen Spezial-Sorte Schwarztopf „Extra-Blond“ für Blondinen!

und Misdrog war der Sturm den Hamburger Schoner „Mik“ auf Strand. Die Besatzung konnte sich retten. Ein mit zwei Mann besetzter Kutter wurde bei Groß-Pöberow im Kreise Gamin an Land geworfen. Auch hier konnte die Besatzung in Sicherheit gebracht werden.

Im Stettiner Hoff sind bei dem hohen Wellengange mehrere Frachtkähne gekentert. In dem Dorfe Bernhagen bei Raugard wurde durch die Gewalt des Sturmes eine Mauer umgeworfen. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, von denen einer nur als Leiche geborgen werden konnte.

Glückliche Heimkehr.

„Graf Zeppelin“ ist von seiner Südamerikasfahrt in Friedrichshafen gelandet.

Das Luftschiff erfuhr am 15.28 Uhr über dem Westgelände in Friedrichshafen und zog nach einer Schleife über der Stadt. Seit längerer Zeit hatte schon eine große Menschenmenge auf die Ankunft des Luftschiffes. Die Angehörigen der Besatzungsteile warteten mit Blumenbinden. Um 15.45 Uhr landete (dann das Luftschiff) glatt auf dem Westgelände. Vom Bug des Luftschiffes hing ein großer Palmzweig herab. Die Tausende von Zuschauern jubelten dem Luftschiff zu. Die Passagiere winkten aus den Kabinensfenstern.

Deutscher Professor im Elsaß verhaftet.

Paris, 9. September.

Der Professor der Theologie Schmidlin von der Universität Münster ist in Nieder-Hogenhal im Elsaß verhaftet worden.

Schmidlin war aus der Schweiz gekommen, um seinen Bruder, der in Nieder-Hogenhal Priester ist, zu besuchen. Er wurde über Mühlhausen nach Colmar transportiert. Schmidlin, der 1876 in Landau im Elsaß geboren ist und seit längerer Zeit in Weisbaden wohnt, war in den Automobilenprozess verwickelt und wurde am 12. Juni 1928 in Alzweienheim zu 10 Jahren Gefängnis und 20 Jahren Aufenthaltserwerb verurteilt.

Müchtiger Mörder gefasst. Eine stark verweste Leiche wurde am 3. September in Nieder-Dodeleben bei Magdeburg gefunden, die jetzt als die des 24 Jahre alten, in Duisburg geborenen Meisters Johann Marguardt identifiziert wurde. Es gelang der Kriminalpolizei festzustellen, daß als Täter der Meister Willy Schindl in Frage kommt, der seit dem 28. August aus Nieder-Dodeleben geflohen ist. Man vermutet, daß Schindl, der schwer verhaftet ist und jetzt noch wegen eines Fahrraddiebstahls gesucht wird, sich nach Berlin gewandt hat, und dort unter dem Namen des Ermordeten, dem er auch seine Papiere gestohlen hatte, auftritt.

Einbrecher in einem Waffengeschäft. Einbrecher hatten einem Anzeiger in der Neuen Weinger Straße in Frankfurt a. M. einen Besuch ab. Über dem Waffengeschäft befinden sich zurzeit leerstehende Geschäftsräume, die nicht verschlossen waren. Die Diebe begaben sich in diese Räume und bohrten ein Loch in den Fußboden, durch das sie dann in das Waffengeschäft eindringen. Dort stahlen sie etwa 20 Revolver mit der dazugehörigen Munition und eine größere Anzahl feststehender Waffen. Als Täter kommen vermutlich drei junge Leute in Frage. Die Ermittlungen nach ihnen sind noch im Gange.

Mord am Stiefvater. Der 24jährige Flach hat in dem Taunusort Mapperech ein feines Stiefvater durch zwei Revolverkugeln getötet. Während eines Besuches des Flach in der Wohnung des Stiefvaters kam es zu einer erregten Auseinandersetzung, in deren Verlauf der junge Mann seine Mauerpistole zog und auf seinen Stiefvater zwei Schüsse abgab, die diesen in Kopf und Brust trafen und den sofortigen Tod herbeiführten. Der Täter wurde in das Wiesbadener Gerichtsgefängnis gebracht.

Zwei Arbeiter im Main ertrunken. Zwei Arbeiter einer Baggerfirma sind auf der Stauffsee in Lein-Heubach bei Wehrhamburg ertrunken. Vier Arbeiter dieser Firma waren damit beschäftigt, eine Mauerfette zu legen, als plötzlich aus bisher noch unzufälliger Ursache das Boot, in dem sie sich befanden, kenterte und vier Mann ins Wasser fielen. Zwei konnten sich durch Schwimmen retten, die beiden anderen fanden den Tod in den Wellen.

Zwei Handwerksburschen als Juwelendiebe. In Dettmold (Rheinungau) wurden zwei wandernde Handwerksburschen verhaftet und nach Wiesbaden ins Gefängnis übergeführt, da sie im Verdacht stehen, aus einem Automobil einen Schmuck von hohem Wert gestohlen zu haben. Der Schmuck gehört einer Dame, die als Gast bei der Hochzeit von Emma Mumm von Schmargenstein mit James Thornton (Montreal) auf dem Altmünchener Familiengut in Johannisberg eingeladen war und ihren Wagen vor dem Schloß hatte stehen lassen.

Massenflucht in Luftschiffen. Über 8000 Einwohner der Stadt Quetta (Luftschiffhafen) haben infolge wiederholter Erdstöße die Stadt mit der Bahn verlassen.

Unterstützungen bei einer Kreis- und Fortkasse. Umfangreiche Unterstützungen wurden bei der staatlichen Kreis- und Fortkasse in Dillenburg aufgebracht. Der Oberrentmeister Zwanziger, ein angelegener Bürger und früherer Kreisratsabgeordneter, sowie der ebenfalls in die Angelegenheit verwickelte Verwaltungsausschreiber Verghäuser wurden verhaftet und in das Gerichtsgefängnis Wehrhamburg eingeliefert. Die im Laufe mehrerer Jahre veruntreute Summe soll sich auf 4000 Mark belaufen. Der 50 Jahre alte Oberrentmeister ist gefangen.

Vermögensverteilung 1931 und Steueramneulle.

Die Zeit zur Abgabe der Vermögensverteilung 1931 ist bis zum Ablauf des 31. September 1931 verlängert worden und gleichzeitig eine Steueramneulle erlassen worden.

Diese Verordnung stellt Ertrags bis zu zehn Jahren Bestaus vor. Intenantis fällt nicht vor Strafe, deshalb wird jedem Steuerpflichtigen dringend empfohlen sich zu beschaffen. Verordnung des Reichspräsidenten über steuerliche Erfassung bisher nicht versteuerter Werte und über Steueramneulle (Steueramneulleverordnung) vom 23. August 1931, welche die Durchführungsbestimmungen zur Steueramneulleverordnung vom 24. August 1931 enthält. Der Reichspräsident der Finanzen vom 24. August 1931.

Dieser Sonderdruck wird abgegeben durch Reichs-Steuer-Zellen-Verlag G. m. b. H., Berlin S. 30, Dresdener Straße 2.

Wirtschaftsgericht Bochenerbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtpoststelle zu Kemberg.

Nach dem Reichsanzeiger vom 31. August 1931 hat sich die gesamte Kapitalanlage um 2964,740,000 auf 3450,000,000

erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten ist um 384,000,000 auf 4989,800,000 Mark gestiegen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen ist infolge der Umlaufminderungen von 41,5% in der Vormonde auf 39,3% gestiegen. Auf der fortgeschrittenen Gestaltung des Reichsbanknotens war es möglich, am 2. September d. J. eine weitere Senkung des Reichsbanknotens von 10% auf 8% und des Lombardfußes von 12% auf 10% vorzunehmen.

Nach dem neuesten Bericht der Industrie- und Handelskammern konnte sich infolge des Beteiligungsprozesses des Zahlungsverwehrens die allgemeine Wirtschaftslage im August gegenüber der zweiten Julihälfte zwar etwas erholen, doch setzte sich der Schumpungsprozess in Industrie und Handel weiter fort. Besonders wird der Wirtschaftskreislauf gegeben, daß die notwendigen Erleichterungen in den öffentlichen Verhältnissen zu einem erneuten starken Wirtschaftsrückgang führen werden.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im August d. J. 1065 neue Kontrakte und 607 erlöschene Vergleichsverfahren bekanntgegeben gegen 1013 bzw. 657 im Vormonat. Im Zeitraume notierte man im 2. Vierteljahr 69 Kontrakte und 58 Vergleichsverfahren gegen 100 bzw. 63 im ersten Vierteljahr 1931.

Ende Juli 1931 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 10.806,590,000 Mark gegen 11.078,651,000 Mark Ende Juni 1931. Ertrag der Sparkassen wurde im Juli noch über 430,000,000 Mark Spareinlagen neu eingekauft.

Der auf den Stichtag des 28. August 1931 berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes betrug 110,0 gegen 110,5 am 19. d. Mts. Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten stellten sich im August von 137,4 auf 134,0 und zwar besonders infolge der Preisrückgänge für verschiedene Lebensmittel.

Ein Preisaussschreiben, wie es nicht alle Tage vorkommt, ist das große Sella-Margarine-Preisaussschreiben für Hausfrauen und Kinder, das eine Fülle von War- und Sachpreisen bringt. 50000 Mark und 40000 Sachpreise sind ausgesetzt! Das Preisaussschreiben, an dem sich jeder beteiligen kann, erscheint auf „Glücksblätter“, die in jedem ersichtlichen Geschäft erhältlich sind. Dort erfährt man auch alles Nähere über die Bedingungen.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 7. September.

Klasse	heute		vorher	
	Stück	Preis	Stück	Preis
Ochsen	1	44-48	1	50-53
	2	38-43	3	45-49
	3	—	4	40-44
	4	—	5	35-39
	5	—	—	—
Kühe	1	35-37	2	45-48
	2	32-34	3	30-33
	3	31-32	4	40-43
Stiere	1	35-38	1	37
	2	30-34	2	56-57
Färsen	1	25-29	3	54-55
	2	24-28	4	50-53
	3	24-28	5	48-53

Warenmarkt.

Mittagsbrot (Mittel). Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März. 214-216 (am 7. 8. 216-218). Roggen März. 174-176 (176-178). Futter- und Industrieerle 152-161 (152-161). Safer März. 139-145 (138-147). Weizenmehl 20,25-22,50 (20,25-22,50). Roggenmehl 24,25-26,75 (24,25-26,75). Weizenmehl 11,50-11,90 (11,50-11,90). Roggenmehl 9,75-10 (9,75-10). Vittoriaerle 22-28 (22-28). Futtermehl 18-20 (18-20). Weizenmehl 13,00-13,50 (13,00-13,50). Weizenmehl 6,80-6,90 (6,80-6,90). Weizenmehl 12-12,50 (12-12,50).

Frisch geröstete Kaffees
 Pfund 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf., 1.— M.
 empfiehlt **J. G. Glaubig**

Volkswohl-Lose
 für soziale und kulturelle Zwecke
Ziehung nächste Woche
 Auf Wunsch 90% in bar
 Einzellos 1.— Mf. — Doppellos 2.— Mf.
 Gewinne im Werte von 430000 M.
 2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50000 M.
 2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25000 M.
 2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20000 M.
 Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt

Achtung!
 Spottbillig! Hausfrauen! Spottbillig!
 Weintrauben | Blumenkohl | Sellerie
 Pfirsiche | Kartoffel | Kohlraben
 Pfanzen | Weißkohl | Mohrrüben
 Bananen | Wirsingkohl | Kartoffeln
 Tomaten | Spinat | Salat
 Genß, Salat- und Einlege-Gurken
 Mus-, Fleisch-, Gurken- und Blumentöpfe in allen Größen empfiehlt täglich frisch
Frau Ww. Emma Reinecke.

Setzt
 können Sie auch
mit Sinte durchschreiben!
 Auskunft erteilt **Richard Arnold, Buchhandlung**

Jeden Mittwoch Schlachte-Fest
Gehacktes u. frisch. Wurst
 ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis
Arthur Weinel, Wittenberger Str. 2

Zum Muskochen
 empfiehlt **feinstes Mus-Gewürz**
 ff. Rübensaft
 billig **J. G. Glaubig**
Feinste Fettberinge
 2 Stück 15 Pf. und Stück 15 Pf.
frische Bäcklinge
 ff Sauerkohl
 empfiehlt **J. G. Glaubig**

Zum Weinberg
schöne, reife Birnen
 hat noch einige Sorten sehr billig abzugeben.
E. Fehner
 Hofweinen
Speiserübensaft
 empfiehlt **Ww. W. Becker**

3 1/2 Morgen Acker
 Mühlgärten
 verpachtet
Bernhard Simon, Burgstr. 23

Kemberg
 Laden m. Whng. nur Hauptverkehrt. geucht. Ausf. Preisang. u. A 9324 bei **Rudolf Woffe, Magdeburg**
Ein Dienstmädchen
 für Landwirtschaft
Lehmann, Dorna

Schützenhaus
 Sonntag Abend ab 7 Uhr
Grosser Ball
 Stimmung wie immer
 Eintritt und Tanz 50 Pf.

Anstands- u. Tanzunterricht
Schützenhaus Kemberg
 Gebe werten Eltern, jungen Damen und Herren von Kemberg und Umgegend bekannt, daß der Kursus am **Montag, den 12. September, abends 8 Uhr** beginnt. Es werden neben den alten die allerneuesten Tänze gelehrt. Ich bitte um zahlreiche Beteiligung, da das Honorar herabgesetzt wird. Auskunt und Anmeldungen bitte bei Herrn Fröhnel zu bewirken.
Tanzmeister Aug. Br. Gärtner-Mehnert

Zur Uebernachtung
 unserer auswärtigen E.-M. und Parteimitglieder benötigen wir noch **Quartiere**, Freunde und Gönner, die uns für diese Nacht Schlafstellen oder Räume zur Verfügung stellen wollen ohne jede Verpfligung, bitte ich höflich, mir Nachricht zu kommen zu lassen.
Die Ortsgruppenleitung, W. Felgner

Thomasmehl
 (Sternmarke)
Kali, Kainit
 und
alle Düngemittel
 gibt preiswert ab
A. Quilisch Nachf.
Der Stahlhelm
 Bund der Frontsoldaten
 Freitag abend 1/9 Uhr im Palmbaum
Berfsammlung
Der Ortsgruppenführer

Kemberger Zeitung

vormalig General-Anzeiger für Remberg, Bad Schriedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,35 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Preiszeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamazeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 107

Donnerstag, den 10. September 1931

33. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung

Donnerstag, den 10. September, 20 Uhr, im Rathhaus.

Tagesordnung.

- a) öffentliche Sitzung.
1. Betriebsfonds der Kammerei,
2. Grundstücksverpachtung,
3. Errichtung einer 2. Transformatorstation,
4. Festlegung des Bürgermeistergehalts

Hierauf geschlossene Sitzung.

Erbhinterbefeher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlafkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlafkarten sind ungültig.

Remberg, den 9. September 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

H. Ludtke.

118]

Steuern.

Die für September 1931 fällige Staatsgrundvermögenssteuer, der Staatl. Zufußlag hierzu, die Hauszinssteuer und der Gemeindezuschlag zur Staatsgrundvermögenssteuer sind bis 15. d. Mts. an die Kammereinfasse zu zahlen.

Für die verpätet gezahlten Steuern müssen für jeden halben Monat 5 % Verzugszinsen berechnet werden.

Remberg, den 8. September 1931.

Der Magistrat.

119]

Die Jagdverteilungspläne

der Jagdbezirke I, II und III der Stadt Remberg für das Nachjahr 24. 6. 1931/32 liegen von 11. bis mit 25. d. Mts. in der Stadtkassette zur Einsicht der Beteiligten aus. Einprüche sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auserlegung bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig.

Remberg, den 9. September 1931.

Der Jagdvorsteher.

J. W. Kolbe.

120]

Rumänien Sieg im Völkerbund.

Titulescu wieder Präsident.

Genf, 8. September.

Rünstlich um 11 Uhr eröffnete der amtierende Staatspräsident, der spanische Außenminister Ferrer, vor vollbesetztem Haus die Verammlung.

In seiner mit Beifall aufgenommenen Eröffnungsansprache ging Ferrer kurz auf die wichtigsten Vorgänge des abgelaufenen Arbeitsjahres des Völkerbundes ein.

Ein Beweis der zunehmenden Ausbreitung des Rechtsgedankens im internationalen Leben sei darin zu erblicken, daß nunmehr 37 Staaten darunter fast alle europäischen Staaten, die obligatorische Rechtspflege des Haager Gerichtshofes anerkennen. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt bedeute die Tätigkeit, in schon das Vorhandensein des im vorigen Jahre eingeleiteten Europa-Ausgleiches. Der Europa-Ausgleich habe sich im ersten Jahr seines Bestehens hauptsächlich mit einem Teilgebiet der allgemeinen Wirtschaftskrisis, der mittel- und osteuropäischen Landwirtschaftskrisis, beschäftigt und hierbei bemerkenswerte Ergebnisse erzielt und außerdem das Problem der Umstellung der Volkswirtschaft in Europa durch ein großzügiges Gesamtprogramm gefördert. Ferrer betonte, daß sich die Tätigkeit des Völkerbundes jedoch keineswegs auf Europa beschränkt habe, sondern insbesondere auch den mittel- und südamerikanischen sowie den asiatischen Staaten gegolten habe und zugute käme.

Der Ausschub der Reparations- und Kriegsschuldensatzungen auf Grund des Beschlusses des Präsidenten Hoover, die Konferenzen von London, Paris, Berlin und Rom zwischen den deutschen, amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Staatsmännern, die Tätigkeit der B33, und die Arbeiten des Völkerverständigungsausschusses seien Anzeichen für den Willen zur Gründung und den Wunsch nach Zusammenarbeit.

Die Präsidentenwahl.

Die Völkerbundversammlung hat den zweiten rumänischen Delegierten, den Grafen von London, Titulescu zum Präsidenten gewählt. Titulescu erhielt von den 49 abgegebenen Stimmen 25 Stimmen. Auf den ungarischen Delegierten, Grafen Apponyi, entfielen 21 Stimmen. Titulescu war bekanntlich auch Präsident der 11. Völkerbundversammlung.

Titulescu begann seine Amtsübernahme mit einer längeren programmatischen Rede. Hierin bezeichnete er die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der Völkerbundarbeit als das Ziel, dem seine Arbeit gälte. Er warnte vor übertriebenem Nationalismus und erklärte, man dürfe nicht von

einem Zusammenbruch sprechen, sondern müsse die gegenwärtigen Veruche als Bausteine betrachten.

Die Völkerbundversammlung hat zum Schluß ihrer Normtagssitzung ihre vorläufige Tagesordnung unter Einfügung der in den letzten Tagen hinzugekommenen Punkte, namentlich der europäischen Frage, genehmigt.

Deutschland in den Völkerbundsausschüssen.

Die deutsche Abordnung wird in sechs großen Ausschüssen der Völkerbundversammlung folgendermaßen vertreten sein: Erster Ausschuß (Rechtsfragen) Dr. Curtius, Gauß und Goppert sowie Professor Wendelslohn; zweiter Ausschuß (Wirtschaft und Finanz) Lammer, Melchior und Kemper; dritter Ausschuß (Abriistung) Graf Bernstorff und von Weizsäcker; vierter Ausschuß (Haushaltsfragen des Völkerbundes) Graf Bernstorff; fünfter Ausschuß (soziale und hygienische Fragen) Kräulen Kämber und Frau Jahn-Harnack; sechster Ausschuß (politische und Rinderheitsfragen) Dr. Curtius, Gauß und Mutius.

Verzicht auf eine Debatte.

Das Haager Gutachten über die Zollunion vom Rat ohne Ausprache zur Kenntnis genommen.

Genf, 7. September.

Nach Eröffnung der 12. Völkerbundversammlung des Völkerbundes trat der Rat wieder zu einer Sitzung zusammen. Den wichtigsten Punkt der Verhandlung bildete die Stellungnahme zu dem Gutachten des Haager Gerichtshofes. Eröffnet wurde die Sitzung mit der Beratung des ungarischen Antrags auf Prüfung der finanziellen Lage Ungarns, der zugleich an das Finanzkomitee zur Weiterberatung überwiesen wurde. Abschließend sprach der griechische Ministerpräsident Benizelos über den griechisch-bulgarischen Reparationsstreit.

Zum Schluß der Ratssitzung leitete der Ratspräsident mit, daß eine Ausfertigung des Haager Gutachtens noch nicht eingegangen sei, daß ihm aber auf telephonische Anfrage die Abendung des Textes bestätigt worden sei.

Angesichts der am 3. September im Europa-Ausgleich abgegebenen Erklärungen, über die den Ratsmitgliedern ein Protokoll offiziell vorgelesen sei, führte der Ratspräsident weiter aus, befinde für den Rat keine Veranlassung, die Prüfung der Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Er sprach dem Haager Gerichtshof den Dank aus für die rasche und vollständige Erledigung der ihm übertragenen Aufgabe. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten wurde darauf folgende Entschließung einstimmig ohne Ausprache angenommen.

„Der Rat nimmt von dem Gutachten des Haager Gerichtshofes über das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion Kenntnis. Mit Rücksicht auf die am 3. September im europäischen Südbandenausgleich abgegebenen Erklärungen ist er der Auffassung, daß für ihn kein Anlaß mehr besteht, die Prüfung der Angelegenheit fortzusetzen.“

Die Vizepräsidenten des Völkerbundes

Curtius für Mexiko Eintritt.

Genf, 9. September



Außenminister Briand, der italienische Außenminister Grandi, der japanische Delegierte Hoshijima sowie die Vertreter von Peru, Kanada, Portugal und Kolumbien begrüßten ebenfalls die Einladung Mexikos.

Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verammlung Mexiko einlud, dem Beitritt beizutreten und dem Völkerbund seine wertvolle Mitarbeit zu leisten, wie wenn es von Anfang an eingeladen worden wäre.

Nachdem die Verammlung noch eine von der britischen Delegation vorgelegene Sympathieuntergebung für China anlässlich der Ueberflutungsstafatrophe im Yangtze-Tal angenommen hatte, wurde die allgemeine politische Aussprache eröffnet.

Grandis Abrüstungsrede.

Als erster Redner nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort. Am Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Abrüstungsfrage, die, wie er sagte, nach Ansicht der italienischen Regierung der Kullminationpunkt sei, um den sich alle anderen Probleme drehen. Grandi ging zunächst auf die Zusammenhänge zwischen Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit ein, wobei er wiederum besonders betonte, daß die wahre Sicherheit eine effektive Abrüstung zur Voraussetzung habe.

Die Völkerbundversammlung, so führte Grandi aus, verpflichte uns, abzurufen. Diese Verpflichtung ergebe sich aber noch aus anderen, tieferen Gründen. Das Bewußtsein der Solidarität der Völker sei stärker geworden. Grandi verwies in diesem Zusammenhang auf die großzügige Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover.

Italien verlangt Abrüstungsfußstand.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Grandi: Die italienische Regierung schlägt vor, daß man bereits jetzt und unweigerlich einen wirksamen und wahrhaften Stillstand der Abrüstungen — wiewohlens während der Dauer der Abrüstungskonferenz — beschließt. Die Mächte müssen gegenseitig die Frage prüfen, ob nicht während des Zeitraumes der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz diejenigen Staaten, die sich endgültig verpflichtet haben, an der Konferenz teilzunehmen, bereits vorbereitende Maßnahmen ergreifen können.

Der Völkerbundsrat hat seinerseits den Vorschlag gemacht, vor der Abrüstungskonferenz eine vorbereitende Fühlungnahme zwischen den Regierungen herbeizuführen. Im Geiste dieser Empfehlungen scheint es daher erforderlich zu sein, sofortige und praktische Maßnahmen zu ergreifen. Ein einheitliches allgemeines Abkommen zwischen den Staaten in dem Sinne, daß die Staaten darin einwilligen, die Durchführung ihrer neuen Abrüstungsprogramme zeitweilig während der Dauer der Abrüstungskonferenz einzustellen, würde den Völkern ein erstes Beispiel des guten Willens der Regierungen zeigen und würde andererseits die Abrüstungskonferenz eine ehrliche und vertrauensvolle politische sowie psychologische Atmosphäre schaffen, die mehr als jede grundsätzliche Erklärung zu dem Erfolg der Abrüstungskonferenz beitragen würde.

Beginnende Einsicht.

„Republique“ über das Ende der Reparationen.

Paris, 9. September.

In einem Artikel der „Republique“ wird erklärt, Deutschland habe zwar in den ersten siebenundzwanzig Jahren 11 200 000 000 Goldmark an Reparationen bezahlt, aber in der gleichen Zeit nicht weniger als 18 Milliarden Goldmark geliehen bekommen. Deutschland führe keine Reparationen nur von Auszubeherrschaffen begleichen.

Es werde also für Frankreich ein immer weniger guter Absatzmarkt, aber ein immer stärkerer Konkurrent. Gewisse Franzosen seien zwar der Meinung, daß das Ende der Reparationen ein Unglück sein werde, in Wirklichkeit aber wäre das Ende der Reparationen für Frankreich nur eine Erparnis.

Ausgleichungsaktion für die Städte.

Auffstellung von Schuldentilgungsplänen.

Berlin, 9. September.

In dem Rundschreiben des Reichsfinanzministers Dietrich an die Länderregierungen spielt eine besondere Rolle die in Aussicht genommene Ausgleichungsaktion für die Städte. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Aus dem Fälligerwerden von kurzfristigen Schuldverpflichtungen der Länder und Gemeinden droht eine besondere Gefahr für die öffentlichen Haushalte. Die Länder und Gemeinden werden sich rechtzeitig mit ihren Gläubigern über die Verlängerung der Kredite zu einigen köden und diese Einigung dadurch erreichen müssen, daß sie, wenn auch in bescheidenem Umfang, Abschlagszahlungen leisten.“

Soweit ich irgend dazu in der Lage sein werde, bin ich entschlossen, für die Gemeinden durch eine Ausgleichungsaktion, deren Ausmaß und Verfahren noch vorzubehalten bleiben muß, helfend einzugreifen.

Da auch das Reich die Mittel hierfür sich in einem früheren Augenblick durch eine langfristige Kreditoperation